

Gegen Lohnverzicht und faule Kompromisse



Argumente gegen die Lügen der Arbeitgeber

VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD,
Jusos, Gewerkschaften

Preis 1,50 DM

Graf Lambsdorff von der FDP fordert fünf Jahre Nulldiät – für die Arbeitnehmer. Auch die Fürsten und Grafen im Mittelalter hielten die Klagen ihrer Untertanen für überzogen und forderten noch mehr Pacht und Abgaben.

„Teile und herrsche“ ist die Methode von Kohl und Kapitalisten: Öffentlicher Dienst gegen die Beschäftigten in der privaten Wirtschaft,

„Arbeitsplatzbesitzer“ gegen Arbeitslose.

Aber Kohl hat uns alle geschöpft. Und im öffentlichen Dienst wurde 1990 noch 18,5% weniger verdient als in der Privatwirtschaft!

Allein im letzten Jahr wurden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die Mineralölsteuer, Versicherungssteuer und die Telefonkosten erhöht. Dazu kam der „Solidaritäts-

zuschlag“ und die steigende Inflation.

Das Ergebnis: 1991 gab es für westdeutsche Arbeitnehmer ein Minus beim Nettoeinkommen von 2,7% in Einpersonenhaushalten und 1,1% in Vierpersonenhaushalten. In Ostdeutschland blieb für Angestelltenhaushalte ein Plus von zwischen 4,9 und 5,7% übrig, in Arbeiterhaushalten gab es ein Minus von 2,2 bis 2,7%.

Es gibt jetzt offiziell 3,2 Millionen Arbeitslose in Deutschland. In den letzten Jahren lief die deutsche Industrie auf Hochtouren. Aber anstatt vieler neuer Arbeitsplätze gab es 1991 1,85 Milliarden Überstunden, das entspricht rein rechnerisch fast einer Million Neueinstellungen. Wenn selbst im Aufschwung die Gewinne explodierten, ohne das groß in neue Arbeitsplätze investiert wurde, ist doch eines klar:

Lohnverzicht schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern steigert nur die Profite auf Kosten der Arbeitnehmer.

Daß alle Arbeitnehmer die gleichen Interessen haben, sieht man an der Argumentation der Unternehmer und ihrer Interessenvertreter in der Politik. Sie sind immer gegen Lohnerhöhungen – im öffentlichen Dienst wie in der privaten Wirtschaft, in der Krise wie im Aufschwung.

Die Unternehmer klagen über die abflauende Konjunktur und zu hohe Lohnkosten. Aber ihnen geht es so gut wie nie, sie haben nach Berichten der Bundesbank 1500 Milliarden DM auf der hohen Kante.

Das Geld für die Finanzierung der Gewerkschaftsforderungen ist in den Kassen von Konzernen und Banken.

Das ist die Antwort auf das Argument der leeren Kassen in Ländern und Kommunen, das von den öffentlichen

Argumente gegen die Propaganda der Unternehmer und der Regierung

Die SPD-Politiker in Ländern und Kommunen müssen ihre Angriffe auf die ÖTV einstellen und mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zusammen gegen Steuergeschenke an die Reichen und für mehr Geld von Bonn kämpfen.

Das Märchen von der Lohn-Preisspirale

Wenn es so wäre, daß die Löhne die Preise hochtreiben, wie wollen die Unternehmer und ihre Fürsprecher folgendes erklären:

1987 lag die Inflationsrate bei 0,7% und es gab einen Abschluß von 3,4% im öffentlichen Dienst und 3,7% in der Metallindustrie. 1989 lag die Inflationsrate mit 2,8% vier mal höher, obwohl die Abschlüsse mit 1,4% im Öffentlichen Dienst und 2,5% in der Metallindustrie viel niedriger ausfielen.

Wie wollen sie erklären, daß die Inflationsrate heute in Peru 5600%, in Argentinien 1600%, in Rußland 500% und in der Türkei 80% beträgt? Können zu hohe Lohnsteigerungen die Ursache für die dortige Inflation sein?

In Wirklichkeit gibt es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Lohnerhöhungen und Preissteigerungen. Allgemeine Preissteigerungen, das heißt die Entwertung des Geldes sind eine Folge davon, daß der Geldumlauf und die Kreditschöpfung stärker zunehmen als die Produktion von realen Werten. So führt die massive Staatsverschuldung in Deutschland zu Inflation, weil durch die Hilfen für den Osten die Verbrauchernachfrage gesteigert wurde, ohne die Produktion entsprechend auszuweiten.

Auch wenn hier nicht der Platz ist, um die Entstehung von Inflation ausführlich zu erklären, so ist doch eines

sehr einleuchtend:

Wenn die Preise allgemein steigen, so geht das zuerst einmal zu Lasten der Arbeitnehmer, die ja ihr Geld zumeist völlig für Verbrauchsgüter ausgeben müssen.

Unternehmer leiden auch unter allgemeinen Preissteigerungen, wenn die Kosten für Rohstoffe, Maschinen etc. steigen. Aber als Verkäufer von Waren können sie selbst die Preise erhöhen. Und einen großen Teil ihres Geldes geben sie für Löhne und Gehälter aus. Wenn also bei steigenden Preisen die Löhne gleich bleiben, bedeutet dies eine Umverteilung zu Gunsten der Unternehmer.

Die Aufforderung, sich in Zeiten hoher Inflationsraten mit geringen Lohnsteigerungen abzufinden, ist also nichts weiter als eine Aufforderung, die Unternehmer in Ruhe von der Inflation profitieren zu lassen.

Wir wollen keine Inflation, sie betrifft uns härter als die Unternehmer. Aber unsere einzige Waffe zum Kampf gegen die Inflation ist der Kampf für noch höhere Löhne.

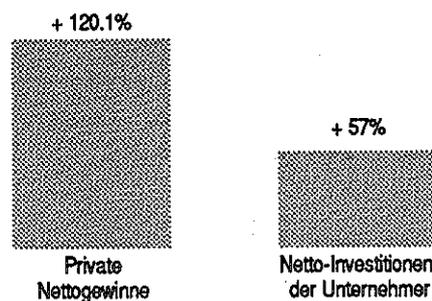
„Die Lohnkosten sind zu hoch!“

Die Lohnkosten seien zu hoch, sie würden die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft schwächen. Das sagen die Unternehmer Jahr für Jahr vor jeder Tarifrunde. Und jetzt wird die Propaganda wegen der zurückgehenden Konjunktur in Deutschland noch verstärkt.

Die Lohnkosten allein sagen aber wenig über die Konkurrenzfähigkeit einer Wirtschaft aus. Ein Stundenlohn von 40 DM bei einer Stundenleistung von 100 DM bringt dem Unternehmer mehr als ein Stundenlohn von 10 DM bei einer Stundenleistung von 20 DM.

Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit sind die Lohnstückkosten (Lohnkosten gemessen an der Leistung). Diese sind in der BRD mit am niedrigsten.

Gewinne und Investitionen, Zuwachs 1980-90



Quelle für alle Statistiken: Statistisches Bundesamt, IG Metall

Arbeitgebern gegen die mehr als berechtigten Forderungen der ÖTV vorgebracht wird.

Die Führungen der Gewerkschaften müssen die Macht der Millionen Mitglieder voll einsetzen, um das Geld von den Millionären zu bekommen.

SPD-Chef Björn Engholm sollte nicht zu einer „konzertierten Aktion“ mit Arbeitgebern und Bundesregierung aufrufen, sondern für einen Schulterchluss von SPD und Gewerkschaften sorgen.

Lohnstückkosten in der EG (EG-Durchschnitt = 100)

1. Griechenland	122,2
2. Luxemburg	114,1
3. Italien	105,4
4. Irland	103,5
5. Belgien	103,5
6. Britannien	102,9
7. Spanien	100,0
8. Dänemark	99,2
9. Frankreich	96,3
10. Deutschland	94,1
11. Niederlande	93,7
12. Portugal	91,2

Quelle: EUROSTAT, EG-Kommissionsstellen

Mit einer jahresdurchschnittlichen Steigerung der Lohnstückkosten von 2,1% liegt die BRD vor Japan mit 1,1% an der vorletzten Stelle unter den Industriestaaten.

Durchschnittliche Steigerung der Lohnstückkosten von 1980-1991

Italien	9,9%
Britannien	6,3%
Frankreich	5,2%
Schweiz	4,9%
USA	4,0%
BRD	2,1%
Japan	1,1%

Quelle: Sachverständigenrat und deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Die niedrigen Lohnstückkosten in der BRD heißen nichts anderes, als daß wir, gemessen an unserer Leistung, mit am schlechtesten bezahlt werden! Das ist der Grund nicht nur für die riesigen Handelsüberschüsse, sondern auch für die extrahohen Gewinne der deutschen Unternehmen. Es gibt also keinen Grund, als Bettler aufzutreten, keinen Grund zur Zurückhaltung oder Mitleid mit den so „armen“ Unternehmern.

Aber auch wenn jetzt die Gewinne

schrumpfen und die internationale Konkurrenz stärker wird, ist das kein Grund zum Lohnverzicht – ganz im Gegenteil. Die Arbeitnehmer verschiedener Länder dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, indem sie sich vor den Karren der Konkurrenzfähigkeit „ihrer“ Wirtschaft spannen lassen. Das Ergebnis wäre, daß sich die Arbeitnehmer mit ihren Lohnforderungen international gegenseitig unterbieten – zur Freude der Unternehmer.

Die Führungen der Gewerkschaften müssen deshalb aufhören, mit den Unternehmern Kompromisse zu Gunsten der „Attraktivität des Produktionsstandorts Deutschland“ einzugehen. Jüngstes Beispiel hierfür ist die vom IG Metall-Vorstand vorgegebene Beschränkung des Forderungsvolumens für die diesjährige Tarifrunde auf 9,5% die von Franz Steinkühler als „Signal der Vernunft“ bezeichnet wurde.

Diese „Vernunft“ ist ein Schulter-schluß mit den Interessen deutscher Unternehmer – gegen die Interessen der Lohnabhängigen in anderen Ländern und auch in Deutschland. Wirklich vernünftig wäre dagegen, den Spaltungsversuchen der Unternehmer den gemeinsamen Kampf der Arbeiter über alle Grenzen hinweg entgegenzusetzen.

„Fordert Ihr höhere Löhne, verlagern wir die Produktion ins Ausland.“

Klar, daß für jede nationale Unternehmerklasse die eigenen Arbeiter die faulsten, die dümmden und die geldgierigsten sind. Brav, bescheiden und klug sind immer die Arbeiter im Ausland! Das ist Propaganda, um die Arbeitnehmer zu verunsichern und ihre Kampf-moral anzuknachsen.

Das Kapital ist immer frei gewesen, dorthin zu gehen, wo die höheren Gewinne winken. Meist zur Umgehung von Handelshemmnissen versuchen die Unternehmer der Industriestaaten, in den jeweiligen anderen Staaten zu produzieren. 1990 standen z.B. 207 Mrd. DM deutschen Investitionen im Ausland 172 Mrd. DM ausländische Investitionen in den alten Bundesländern gegenüber.

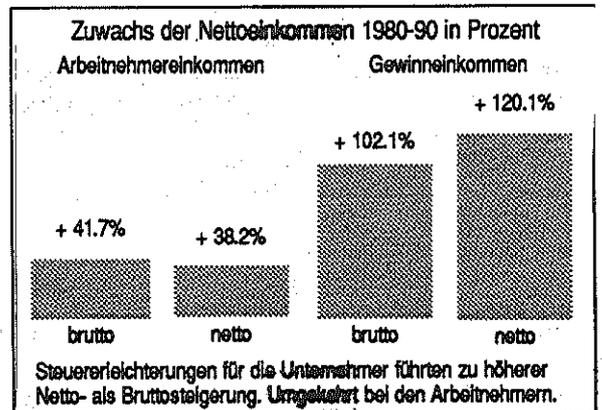
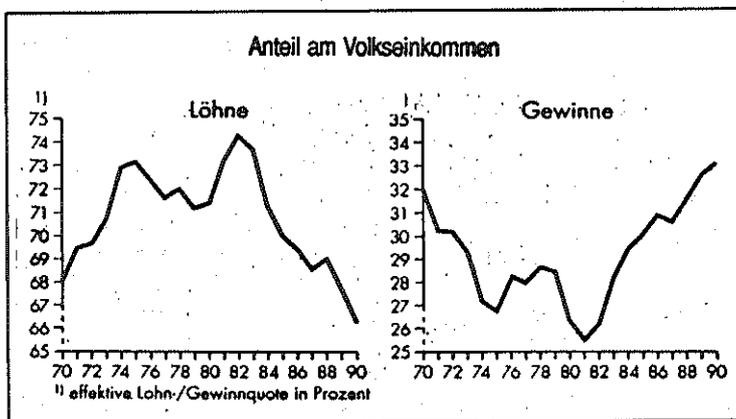
Japan, das hier immer als Unternehmerparadies hingestellt wird, hat die meisten Auslandsinvestitionen der Welt! Die japanischen Unternehmer fliehen sicherlich nicht vor dem Paradies, sondern wollen Märkte erobern.

Deutschland hat mit die modernste Infrastruktur der Welt, den größten Markt Europas, mit die niedrigsten Lohnstückkosten in der EG und mit die beste Ausbildung für Facharbeiter. Die Bosse wollen diese Vorteile nutzen, aber lieber unter südafrikanischen oder süd-koreanischen Bedingungen – mit Lohn-diktat.

Die Unternehmer wollen hier Druck auf die Arbeiter machen und gleichzeitig jede Möglichkeit nutzen, sich international auszudehnen und wenn möglich Produktionsbereiche in Billiglohnländer zu verlegen. In Europa gab es in Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt einen Welle von Unternehmensfusionen, die mit Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau verbunden waren.

Durch Lohnzugeständnisse wird kein Arbeitsplatz erhalten, sondern nur dafür gesorgt, daß die Unternehmer einen Extraprofit einstecken können. Wen es ins Ausland zieht, der soll bitte schön gehen – die meisten verbringen ihre Zeit ohnehin auf der eigenen Jacht und den wärmeren Südseeinseln. Sie können dort bleiben, aber das Kapital und die Produktionsstätten, die wir aufgebaut haben, sollen hierbleiben.

Darum unser Vorschlag: Wer mit Arbeitsplatzentzug droht, um uns einzu-



Streikrecht für Beamte durchsetzen!

Vor jeder Kampfmaßnahme im öffentlichen Dienst werden Bedenken laut, ob ein Streik nicht schwierig sei wegen der vielen Beamten, die nicht mitstreiken dürften. Beamte haben weder Streikrecht noch Tarifverträge. Ihre Gehälter und Arbeitsbedingungen werden vom Arbeitgeber, sprich dem Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene festgelegt. In der Regel bekommen sie die gleichen Lohnerhöhungen, wie sie durch die ÖTV für Arbeiter und Angestellte erkämpft werden. Aber der Gesetzgeber kann die Erhöhungen ablehnen oder gar Gehaltskürzungen durchsetzen. Hohe Beamte oder Minister mit ihren Gehältern über 30.000 DM brauchen sicherlich nicht dringend eine Lohnerhöhung. Die Masse der kleinen und mittleren Beamten ist darauf angewiesen, ohne nach dem Gesetz eine Möglichkeit zu haben, sie über Arbeitskampfmaßnahmen durchzusetzen.

Jedem Beamten für sich fällt die Entscheidung, sich an Streiks zu beteiligen oder angeordnete Streikbrechertätigkeiten abzulehnen, sehr schwer. Er hat Angst vor Abmahnungen und sonstigen Disziplinarmaßnahmen. Das Berufsbeamten-tum hat die Aufgabe, willfähige Diener des Staates heranzuzüchten, die nach Belieben als Streikbrecher eingesetzt werden können. Die Lösung heißt: ein einheitliches Dienstrecht für alle, das sichere Arbeitsplätze und Streikrecht für alle garantiert.

Einzelne kann man disziplinieren, aber nicht Hunderttausende oder gar Millionen. Deshalb muß das Streikrecht für Beamte notfalls durch kollektive Arbeitsniederlegung gemeinsam erzwungen werden. Wenn sich die Gewerkschaftsbewegung immer an die bestehenden Rechte gehalten hätte, dann gäbe es heute weder das Streikrecht, noch sonstige gewerkschaftliche Rechte.

Resolution des GEW-Gewerkschaftstages vom 6. Juni 1974 in Mainz

Für Streikrecht für Beamte

Bei wenigen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen beschloß der GEW-Bundeskongreß am 6. Juni:

Die GEW geht davon aus, daß der Beamtenstreik nach Artikel 9 III GG zulässig ist. Er muß derselben rechtlichen Wertung wie der Streik der übrigen Arbeitnehmer unterliegen. Ein Streikverbot für Beamte ist grundgesetzlich nicht formuliert und kann weder aus Art. 33 Abs. 5 GG "hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" (die den Anforderungen angepaßt werden müssen) noch aus einem "Treueverhältnis" des Beamten (Art. 33 Abs. 4 GG) begründet werden, da auch andere Arbeitnehmer der Treuepflicht unterliegen.

Beamte sind mündige Staatsbürger mit dem Recht auf Mitgestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse. Das Berufsbeamtentum bildet keine Enklave in der freiheitlich demokratischen Grundordnung, sondern ist ein Teil derselben. Die europäische Sozialcharta und die europäische Menschenrechtskonvention, die vom deutschen Bundestag angenommen wurde, garantieren als unmittelbares geltendes Recht jedermann - einschließlich dem Beamten - das Streikrecht. Eine Einschränkung des Streikrechts kann nicht für bestimmte Personengruppen gelten, sondern nur für bestimmte gesellschaftliche und staatliche Funktionen. Die GEW erklärt deshalb auch im Hinblick auf die Beschlüsse der Kleiner Vertreterversammlung 1971 und die jüngsten Einschüchterungsversuche von politischen Instanzen, daß ein Beamtenstreik dann als rechtmäßig angesehen werden muß, wenn es beim Streikziel um die Erhaltung und Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen geht. Die GEW will auch zukünftig auf das Mittel eines Arbeitskampfes nicht verzichten. Sie bittet deshalb auch den Deutschen Gewerkschaftsbund, sich nochmals mit Nachdruck zu diesem Standpunkt in der Öffentlichkeit zu bekennen.

schüchtern, wird entschädigungslos enteignet. Die Produktion läuft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung von Beschäftigten und Gewerkschaften weiter.

„Es ist kein Geld für die ÖTV-Forderungen da“

Wer leert denn die öffentlichen Kassen aus? Wir wissen, daß wir sie ständig über höhere Steuern und Gebühren für immer weniger Gegenleistungen nachfüllen. Und Kohl wirft den Unternehmern das Geld mit vollen Händen nach.

Die Maßnahmen der Bundesregierung werden den Unternehmern allein für das Jahr 1992 ein Steuergeschenk von ca. 31 Mrd DM einbringen, Geld genug, um die ÖTV-Lohnforderung zu decken. Nach Arbeitgeberangaben kostet sie Bund, Länder und Kommunen insge-

samt 37 Milliarden DM.

Wer kann es sich hier leisten zu verzichten, wir oder die Unternehmer? Laut Bundesbank standen den Unternehmern Ende 1991 1.500 Mrd DM flüssige Mittel zur Verfügung. Kohl kürzt Länder und Kommunen kaputt und die Unternehmer reiben sich die Hände. Die Kosten für die Arbeitslosen und die mittlerweile 4,3 Millionen Sozialhilfeempfänger müssen ja wir und nicht sie zahlen.

Heide Simonis, SPD-Finanzministerin in Schleswig-Holstein, müßte eigentlich wissen, wer die Finanzen der Länder und Kommunen ausblutet. Wenn sie trotzdem in das Geschrei der leeren Kassen, Entlassungsdrohungen und Kürzungen von Dienstleistungen einstimmt, dann macht sie sich zur Kohl- und Unternehmergehilfin. Wir erwarten von den SPD-regierten Ländern und Kommunen, daß sie gemeinsam mit der ÖTV gegen Kohl und Unternehmer kämpfen.

„Im öffentlichen Dienst wird eh' nur gefaulenzt“

Dieses Vorurteil stammt aus des Kaisers Zeiten und wird von Arbeitgebern immer gerne hervorgekehrt, um die Beschäftigten der privaten Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes gegeneinander aufzubringen.

Einige Minister und hohe Beamte könnten getrost eingespart werden. Wer aber zum Arbeitsamt, Sozialamt, Wohnungsamt oder sonstigen städtischen Ämtern gehen muß, der weiß, daß dort nicht gerade die hohen Beamten sitzen. Er weiß auch, daß die Wartezeiten vor den Dienstzimmern immer länger geworden sind, nicht weil da drin Dämonen gedreht wird, sondern weil nahezu alle Dienststellen unterbesetzt sind.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst können kaum noch den Anforde-

rungen nachkommen. Ständiger Arbeitsplatzabbau und Arbeitszeitverkürzung ohne Personalausgleich haben den Streß im Öffentlichen Dienst auf die Spitze getrieben. In dieser Tarifrunde geht es nicht um die paar hohen Beamten und Minister, die Zeit genug haben, Sprüche zu klopfen, so wie Möllemann. Es geht um 4,9 Millionen kleine Beamte, Angestellte und Arbeiter: Um KrankenpflegerInnen, ErzieherInnen, PostzustellerInnen, ZugführerInnen bei der Bundesbahn oder Müllmänner.

Verzichten aus Solidarität mit Ostdeutschland?

Solidarität ist ein ureigenes Prinzip und Interesse der Arbeiterbewegung, nicht nur im eigenen Land, sondern über die Grenzen hinweg. Solidarität mit Arbeitnehmern, aber niemals mit den Kapitalisten hier oder sonstwo!

Die Bundesregierung hat den Arbeitnehmern im Westen den sogenannten „Solidaritätszuschlag“ von 7,5 % für den „Aufbau“ in Ostdeutschland aufgedrückt. Wem ist dieser Zuschlag zu Gute gekommen? Den Unternehmern im Osten und Westen! Weil wir den Zuschlag bezahlt haben, brauchten die Unternehmer im Osten seit dem 1.7.1991 keinen Pfennig Gewerbe- und Kapitalsteuer zu zahlen. Mit unserem Geld wurden Betriebe im Osten zerschlagen, 1,4 Millionen in die offizielle Arbeitslosigkeit geschickt und weitere 1,9 Millionen auf Kurzarbeit Null gesetzt oder in aussichtslose Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gesteckt. Die Unternehmer dürfen entlassen und wir müssen daraufhin höhere Arbeitslosenbeiträge zahlen.

Die Bruttolöhne im Osten betragen im Schnitt 60% des Westlohns, real sogar weniger als 50%. Bei niedrigeren Löhnen haben die Arbeitnehmer im Osten mit einer höheren Inflation zu kämpfen: 14,2% im Jahresdurchschnitt 1991 (gegenüber 3,5 % im Westen). An unserem Verzicht haben sich nur die Unternehmer eine goldene Nase verdient. Die Wirtschaftsinstitute erwarten in ihren Prognosen für 1992 einen Anstieg des Nettoeinkommens aus Unternehmenstätigkeit um 3,5 % im Westen (mit ziemlicher Sicherheit wegen der laufenden Tarifrunde) und im Osten um sage und schreibe 64,5%! Solidarität kann nur heißen: Gemeinsamer Kampf für höhere Löhne, für gleiche Arbeit und gegen Pri-

vatisierung und Betriebsschließungen in Ost und West.

Geld ist da, es ist nur in den falschen Händen!

Die Bundesbank veröffentlichte zum Jahresende Daten und Fakten: 1500 Milliarden Mark standen Ende 1991 den Unternehmen an liquiden Mitteln zur Verfügung. Es ist flüssiges Geld, das sie investieren können oder auch nicht. Allein die Zinsen aus 680 Milliarden rentierlichen Geldanlagen brachten 31 Milliarden zusätzlich ein.

(Zitat aus: IG Metall-Nachrichten, Bezirk Dortmund, Wuppertal, 7.2.92). Damit könnten 20 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden (Ein Arbeitsplatz erfordert in Deutschland Investitionen von ca. 75.000 DM). Geld ist also genug da. Es ist nur in den falschen Händen. Die Tarifkämpfe der Gewerkschaften sind ein Teil des Verteilungskampfes zwischen den Lohnabhängigen und der Kapitalistenklasse. Beim Öffentlichen Dienst ist das nicht direkt sichtbar, aber auch hier geht es letztlich darum, ob die Unternehmer zahlen oder die Arbeitnehmer.

Wenn auf die „Sachzwänge“ leerer Kassen bzw. verstärkter internationaler Konkurrenz hingewiesen wird, darf das für die Gewerkschaften kein Grund zum Zurückweichen sein. Wenn sich die Marktwirtschaft keinen vernünftigen Lebensstandard für uns leisten kann, können wir uns eben die Marktwirtschaft nicht mehr leisten! Die jetzige Politik von SPD- und Gewerkschaftsführung orientiert sich fatalerweise grundsätzlich an dem, was „machbar“ und „vernünftig“ erscheint – für die Unternehmer.

Schon heute ist ein konsequenter Kampf nötig, um die relativ bescheidenen Forderungen der Gewerkschaften durchzusetzen und reale Nullrunden zu verhindern. In den nächsten Jahren wird sich die wirtschaftliche Lage verschlechtern und die Angriffe auf die Arbeitnehmer werden sich verschärfen. Darum muß der Kampf um die Verteidigung unserer Rechte und unseres Lebensstandards mit einem Programm für die Abschaffung des Kapitalismus verbunden werden.

Für ein solches Programm und die Umwandlung in wirkliche Kampforganisationen kämpft VORAN in SPD und Gewerkschaften.

Gaétan Kayitare, Aachen
SPD-Mitglied



Unsere Forderungen

★kein Abstrich an den Lohnforderungen! So ist die ÖTV-Forderung nach 9,5% mehr Lohn + 550 DM Urlaubsgeld bereits ein Kompromiß; viele Kollegen wollten mehr. Wichtig für zukünftige Tarifrunden ist die Forderung nach einem Sockelbetrag, um die unteren Lohn- und Gehaltsstufen stärker zu berücksichtigen. So forderte der ÖTV-Bezirk Hamburg für die jetzige Tarifrunde 500 DM Festgeld und durchschnittlich 15% mehr Lohn für alle.

★Vollstreiks statt Stellvertreterkämpfen zu Durchsetzung der Forderungen.

★Volle Unterstützung der SPD-regierten Länder und Kommunen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

★SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre sollen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

★Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West, für Männer und Frauen; 1800 DM netto Mindesteinkommen für alle ab 18 Jahre.

★Arbeit und Ausbildung für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.

★Übernahme aller Auszubildenden in ihre erlernten Berufe.

★Kein Stellenabbau im Öffentlichen Dienst; Einstellung aller Lehrer, Erzieher und ausgebildeten Pflegekräfte.

★Streikrecht für Beamte; ein einheitliches Dienstrecht im Öffentlichen Dienst mit Arbeitsplatzgarantie für alle.

★Die Reichen sollen zahlen: Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Abschaffung der Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei stärkerer Belastung der Gewinne und Großverdiener.

★Entschädigungslose Enteignung aller Unternehmen, die damit drohen, die Produktion ins Ausland zu verlagern.

★Ausbau der Mitbestimmungsrechte zur Arbeiterkontrolle in allen Betrieben und Einrichtungen.

★Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West (Post, Bahn, Treuhandbetriebe); stattdessen Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken, und Versicherungen.

★Abschaffung der Kontrolle der Konzerne und der Bürokratie in staatlichen Unternehmen. Ersetzung der heutigen Aufsichtsräte und Vorstände durch einen demokratisch gewählten Rat aus je einen Drittel Belegschafts-, und Gewerkschafts- und Staatsvertretern, die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit.

★Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.

„Es wird zu größeren Aktionen kommen müssen, um ein halbwegs brauchbares Ergebnis zu erzielen“

Interview von VORAN-Unterstützer Geert Möblus mit einer Personalrätin der ÖTV in einem Kölner Krankenhaus

Zur ÖTV-Tarifrunde 1992

Stehen die Kollegen hinter den derzeitigen Forderungen – 9,5% mehr Gehalt und 550 DM mehr Urlaubsgeld – und wollen sie sie voll durchgesetzt haben, oder sind sie eher skeptisch bezüglich der Tarifrunde?

Bei den Diskussionen mit unseren Kollegen haben wir festgestellt, daß sie am Anfang einer Diskussion mit Argumenten kamen, wie: „die Forderungen sind zu hoch wegen der fünf neuen Bundesländer“. Es kamen diese ganzen Dinge, die jeden Tag durch die Medien verbreitet werden.

Wenn wir dann eine Zeit lang mit den Kollegen diskutiert und ihnen vorgerechnet haben, was ihnen alles im letzten Jahr weggenommen worden ist und ihnen noch weggenommen wird, haben sich ihre Überlegungen ganz schnell geändert. Dann haben sie eingesehen, daß die Forderung richtig nicht zu hoch ist.

An diesen Diskussionen und dem schnellen Meinungsumschwung haben wir gemerkt, daß das grundsätzliche Problem bei der Aufstellung der Forderungen vor Tarifverhandlungen mangelnde Transparenz ist – warum wir diese Forderung aufstellen und wie sie zustande kommt. Es darf nicht darum gehen, eine hohe Forderung aufzustellen, um dann

die Hälfte zu bekommen – wie bei einem orientalischen Teppichhandel. So empfanden die Kollegen zumindest häufig die Tarifverhandlungen in der Vergangenheit, weil sie so kommentiert wurden oder auch selbst bei Funktionären in der Gewerkschaft im Vorfeld so vermittelt worden sind.

Wir versäumen meistens, richtig mit den Kollegen über die Sachargumente zu diskutieren. Bei uns im Betrieb ist jetzt ziemlich klar, daß die Kollegen, wenn sie die Meinung haben, diese 11% sind berechtigt und wir stehen dazu, auch bereit sind, dafür zu kämpfen. Eher für höhere Lohnforderungen – das ist jedenfalls unsere Erfahrung – als für niedrigere.

Es sieht so aus, daß die Tarifrunde ziemlich hart wird und daß es keine Anzeichen für Kompromisse gibt. Was für Aktionen wären denn nötig, um die Forderungen wirklich durchzusetzen, was erwartet ihr an notwendiger Auseinandersetzung?

Wir gehen davon aus, daß das ganz harte Auseinandersetzungen werden und daß wir uns auf Streik vorbereiten müssen. Inwieweit das Warnstreiks werden kann man noch nicht sagen. Aber es wird sicherlich zu größeren Aktionen

kommen müssen, um ein halbwegs brauchbares Ergebnis zu erzielen.

Wie streikbereit sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eigentlich, wenn die Forderung bei den Kollegen auf Zustimmung stößt, auf der anderen Seite aber die ganze massive Propaganda kommt, daß damit die Wirtschaft und der Aufbau in Ostdeutschland gefährdet würde?

Ich sehe das so: Wenn die Gewerkschaft – damit meine ich den Hauptvorstand und den Apparat – ganz klare Signale setzt, daß sie wirklich streiken will und auch ganz klar die Vorbereitungen trifft – denn so ein Streik muß ja vorbereitet werden – dann glaube ich, daß auch die Kollegen bereit sind.

Wir haben das mit den Warnstreiks erlebt, bei denen wir vorher sehr skeptisch waren. Wir hatten so etwas noch nie im Krankenhaus gemacht und dachten, die Kollegen erschlagen uns, wenn wir zum Streik aufrufen. Und dann sind wir auf Station gegangen und haben mit den Kollegen diskutiert – und es war überhaupt nicht schwer. Alles hing sehr stark von unserem Auftreten ab. Wenn wir klar gesagt haben, wir machen das so und so, und Ihr braucht euch keine Sorgen zu machen, Eure Patienten werden darunter nicht leiden und die Bevölkerung wird auch informiert.

Das heißt, daß die politischen Hemmnisse überwunden werden können, wenn von der Führung Entschlossenheit gezeigt wird.

Es wäre ganz fatal, wenn erst ein Signal ausgesendet wird „wir streiken“, und sich die Leute dann damit beschäftigen und das auch wollen und dann würde kurz vorher die ganze Sache wieder abgeblasen. Solche Dinge machen unglaublich und die Leute verlieren den Mut.

Zum Pflegenotstand

Hat sich an der Lage der Beschäftigten in den Krankenhäusern seit der Bewegung gegen den Pflegenotstand 1989 viel geändert?

An den Arbeitsbedingungen hat sich wenig geändert. Es wurden verschiedene Hilfskonstruktionen eingerichtet, um Erleichterungen zu schaffen. Pflegekräfte wurden als Stationshilfen und Stationssekretäre eingestellt, um die zunehmende Zahl der offenen Stellen aufzufüllen. Es hat sich nichts grundlegend geändert, was für eine Verbesserung der Qualität der Pflege nötig wäre. Es gibt zwar Bestrebungen hin zu einer ganzheitlichen Pflege, aber das sind Dinge, die einfach nicht umgesetzt werden, weil die Be-

schäftigten nur die Zeit haben, gerade die nötigsten Sachen zu schaffen.

Nach dieser Phase 1989, als sehr viel in Bewegung war, wo viele auf die Straße gegangen sind, Warnstreiks stattgefunden haben und in der Tarifrunde auch eine stückweise Verbesserung erreicht wurde, ist von Seiten der Gewerkschaft kein Anschluß gefunden worden, um diese Aktivitäten in Gang zu halten. Man hat sich mit dem damals erreichten Tarifab-



schluß zufriedengegeben. Dann ist die Bewegung sehr schnell wieder verebbt und jetzt ist eine größere Frustration bzw. Passivität entstanden. Das sieht man daran, daß jeder versucht, für sich seine individuelle Regelung zu erreichen, statt gemeinschaftlich nach einer Lösung für alle zu suchen. Denn durch den Pflegenotstand können die Beschäftigten schneller den Arbeitsplatz wechseln, wenn sie an ihrem Arbeitsplatz unzufrieden sind. Ob da dann die Bedingungen besser sind, sei erstmal dahingestellt. Das wird sehr häufig gemacht, wir haben eine starke Fluktuation.

Damals hieß es zum Beispiel, wer als Krankenschwester/pfleger arbeitet, kann keine Familie ernähren. Ist es auch heute noch so, daß viele Beschäftigte ganz aus dem Pflegebereich 'rausgehen, weil das Einkommen einfach zu niedrig ist?

Auch wenn eine gewisse Verbesserung erreicht wurde, so kann man sich als Krankenschwester oder Pfleger davon keine Familie leisten, dafür reicht das Gehalt nicht aus. Es sei denn, man macht Überstunden, Bereitschaftsdienste oder Dienst zu ungünstigen Zeiten, was jetzt auch häufiger passiert, weil der Mangel da ist. Das was verdient wird reicht als Gegenleistung für die geleistete Arbeit bei weitem nicht aus.

Der Pflegenotstand führt zu vielen ungünstigen Schichten, weil Kollegen oft ein-

springen müssen. Gleichzeitig hört man immer von einer Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Gibt es bei den Beschäftigten eine Stimmung, „wir könnten das selber besser organisieren, um Kosten zu sparen und die Arbeitszeiten besser zu gestalten“?

Das halte ich für einen sehr wichtigen Punkt, denn es wäre für die Pflegekräfte auch ein viel besseres Gefühl, wenn sie mehr über ihre Arbeitsbedingungen bestimmen und die Arbeitsabläufe mitbe-

stimmen könnten. Auch die patientenzentrierte Pflege würde bedeuten, daß die Pflegekräfte viel mehr mitentscheiden dürfen, denn sie sind direkt am Patienten dran und wissen, wie man die Pflege vom Patienten ausgehend organisiert. Das nächste wäre die Aufnahme oder die Entlassung von Patienten und der Ablauf der Pflege. Wenn die Pflegekräfte da stärkere Mitspracherechte hätten, wäre ein Steuerungsmechanismus da, der auch die Kosten senken würde. Denn wir haben teilweise zu lange Liegezeiten der Patienten, weil sie einbestellt werden, obwohl die Operation noch gar nicht möglich ist.

(...)

Der Fall Wendl hat nach dem letzten Tarifabschluß eine Explosion von Unmut zutage gebracht. Wie denken die Kollegen über den letzten Tarifvertrag, hat er zu Verbesserungen geführt?

Der Tarifvertrag führte zu strukturellen Verbesserungen. Wenn jemand z.B. eine Zusatzausbildung macht, wird er schneller höher eingruppiert und für ungünstige Dienste wurden die Schichtdienstzulagen erhöht. Aber wir meinen, daß solche Zulagen in den allgemeinen Tarifvertrag integriert werden müßten. Das wurde in der Vergangenheit sehr vernachlässigt.

Zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst 1991:

In den 'Kölner politische Informationen' (Nr.2, Mai 1991) schrieb der ÖTV-Sekretär Michael Wendl (Bezirksverwaltung Bayern für den Bereich Gesundheitswesen) einen Artikel zum vorhergegangenen Tarifabschluß, in dem das Vorgehen des Vorstandes scharf kritisiert wurde. Daraufhin versuchte der ÖTV-Hauptvorstand, ihn fristlos zu entlassen. Um die dazu notwendige Zustimmung des Betriebsrates zu umgehen, berief sich die ÖTV-Führung auf den Tendenzschutz — eine Klausel für weltanschaulich

Der Fall Michael Wendl

ausgerichtete Betriebe, deren Mißbrauch sonst von der Gewerkschaft (z.B. bei Kirchen) heftig bekämpft wird.

Ganz offensichtlich versuchte der Vorstand, einen kritischen, linken

Sekretär möglichst schnell loszuwerden. Dabei hatte er aber nicht damit gerechnet, daß die Kritik von Michael Wendl an der Basis mit großer Zustimmung aufgenommen wurde. Die ÖTV-Führung war bloßgestellt — hatte doch die ÖTV-Vorsitzende in ihrem Buch zur "Zukunft des öffentlichen Dienstes" noch geschrieben, daß "ein offener Diskurs Mut und souveränen Umgang mit Kritikern erfordert". Nach einer Welle von Solidaritätserklärungen, Reso-

Viele Funktionäre und Mitglieder hatten zu Beginn des Jahres eine außergewöhnlich harte Tarifrunde erwartet und erstmals seit 1974 einen Erzwingungsstreik für notwendig erachtet. Insofern hat der - trotz des gewohnten Rituals von auf zwei Tage konzentrierten kurzen Warnstreiks und Protestaktionen - glatte und schnelle Abschluß viele überrascht.

Zu den vereinbarten 6 % Lohn- und Gehaltserhöhung kommen für insgesamt 0,75 Mio. Arbeiter und 0,5 Mio. Angestellte Einkommensverbesserungen zwischen 1 und in Einzelfällen bis zu 7%, so daß fast 55% der unter den Geltungsbereich der Tarifverträge fallenden 2,65 Mio. Beschäftigten etwas oder sogar deutlich mehr als 6% mehr Lohn bzw. Gehalt erhalten.

Dieser Kompromiß zeigt viele Anzeichen eines von vornherein vereinbarten Zusammenspiels der Tarifvertragsparteien, da die ÖTV für dieses Entgegenkommen der öffentlichen Arbeitgeber den seit Jahren heftig unkämpften Paragraphen 15 Abs. 7 BAT (Grundlage für die Bezahlung sog. Wegezeiten) preisgab und dem Arbeitgeber mit der Auswertung sog. Bereitschaftsdienste und Rufbereitschaften auf allen Arbeiter und Angestellten neue

Flexibilisierungsmöglichkeiten bei der Arbeitszeit und eine Ausdehnung der Verfügungsmacht über ihre Beschäftigten ermöglicht wurde.

Verhandlungstaktisch war die ÖTV mit einer ausgesprochen ungünstigen Position gestartet, da bei allen inhaltlich abgeschlossenen Eingruppierungsverhandlungen das Datum des Inkrafttretens noch offen war und die Arbeitgeber durch die Androhung eines erheblich späteren Inkrafttretens von bereits als Erfolg dargestellten Strukturverbesserungen die ÖTV hirendend unter Druck setzen konnte. Was auch angedeutet wurde, als die Arbeitgeber die ursprünglich für den 1.1.1991 - so hatte es die ÖTV dargestellt - vorgesehenen Veränderungen erst am 1.4.1991 in Kraft treten lassen wollten.

Sicherlich steht hinter dem gesamten Verhalten der öffentlichen Arbeitgeber ein gegenüber vergangenen Tarifrunden verändertes taktisches Konzept: Wären früher die Arbeitgeber Bund und Länder personell repräsentiert durch die "hardliner" Fritz Zimmermann und Birgit Breuel, so verhalten sich die gleichen Arbeitgeber, vertreten durch Wolfgang Schäuble und Heide Simonis, nicht nur erheblich moderater, sondern stehen für eine Taktik des politischen Einbindes der Ge-

lutionen und Unterschriftensammlungen war der Hauptvorstand gezwungen, seine Kündigung zurückzunehmen.

Bei den Wahlen zum ÖTV-Bezirksvorstand in Bayern im Januar 1992 mußte der Hauptvorstand dann eine noch schwerere Schlappe hinnehmen. In einer Kampfabstimmung gegen den Wunschkandidaten des Vorstands wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Der Fall Wendl ist ein Anzeichen des wachsenden Drucks seitens der Belegschaften und der Basis der Gewerkschaft. Das Vorgehen des Hauptvorstandes hat auch gezeigt, daß linke, kämpferische Gewerkschafter auf die Solidarität und die aktive Unterstützung der Basis angewiesen sind, um nicht vom Vorstand abgesägt zu werden.

Gerade im öffentlichen Dienst hängt die Politik der Führung auch von ihrer politischen Einstellung ab. Wer die Logik der leeren Kasse akzeptiert und nicht bereit ist, gegen die Unternehmer und die Marktwirtschaft insgesamt zu kämpfen, muß sich auf Dauer den von den Arbeitgebern vorgegebenen Sachzwängen beugen. Für linke Gewerkschafter heißt das umgekehrt, daß ein sozialistisches Programm erforderlich ist, um die vollen Forderungen aufgestellt nach den Bedürfnissen und Sachzwängen der Beschäftigten mit allen notwendigen Kampfmaßnahmen auch durchzusetzen.

Wir zitieren die wichtigsten Punkte der Kritik von Michael Wendl aus seinem Artikel vom Mai 1991:

werkschaften des öffentlichen Dienstes. Dabei wissen die Arbeitgeber vermutlich um die tarifpolitischen Fehler der Vergangenheit, insbesondere die niedrigen Steigerungsraten der Löhne und Vergütungen zwischen 1988 und 90 in Verbindung mit der Wochenarbeitszeitverkürzung, die zu deutlichen Reallohnverlusten geführt hatten.

Wird dieser Tarifabschluß insgesamt bilanziert, so zeigt sich, daß die materiellen Verbesserungen durch spürbare Verschlechterungen bei den tariflichen Arbeitszeitnormen erkauft wurden. Ein Ergebnis, das tarifpolitisch reaktionär ist und sich gegen die gewerkschaftspolitische Beschlußlage richtet. Mit einer anderen Verhandlungstaktik, d. h. dem Vermeiden vor offenkundigen Verhandlungsfehlern bei den Eingruppierungsverhandlungen, hätte der Tausch vermieden werden können. Angesichts der hohen Erwartungshaltung und der vorhandenen Streikbereitschaft der Mitglieder wäre ein materielles Ergebnis von über 6% auch ohne die Freigabe arbeitszeitpolitischer Positionen durchzusetzen gewesen. Der gewerkschaftsinterne Ärger über diesen Abschluß wird daher anhalten.

Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst 1974

Durch Streiks erfolgreich!

1973 hatte sich die ÖTV-Führung darauf eingelassen, ihren Mitgliedern einen niedrigen Lohnabschluß zuzumuten. „Stabilisierungsoffer“ nannte man das damals. Es war gerade Weltwirtschaftskrise und trotz SPD-Regierung sollte die Arbeiterklasse die Rechnung dafür bezahlen. 6% mehr und 40 DM Sockelbetrag, damit sollten sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei 8% Inflationsrate zufriedengeben.

Bereits kurz nach Abschluß des Tarifvertrages brachten ÖTV-Mitglieder ihren Unmut über sinkende Realeinkommen mit der Forderung nach einer Teuerungszulage zum Ausdruck. Die Metaller hatten sich durch wilde Streiks bereits einen gewissen Inflationsausgleich erkämpft. Der ÖTV-Hauptvorstand lehnte es ab, einen Kampf für einen Inflationsausgleich zu führen. Dabei hatten sich kämpferische Belegschaften durch spontane Streiks einmalige Zulagen erkämpft, wie z.B. die Müllmänner in Hannover.

Die ÖTV-Führung tröstete die Beschäftigten auf ein höheres Urlaubsgeld und die Tarifrunde 1974. Um dem Druck der Basis den Wind aus den Segeln zu nehmen, wurde bereits Mitte September von der großen Tarifkommission die Forderung für 1974 aufgestellt: 15% und 300 Mark Urlaubsgeld. Vielen ÖTV-Untergliederungen war das angesichts der Reallohnverluste von 1973 und einer zu erwartenden Inflationsrate von 7% für 1974 zu wenig. Der zentrale Vertrauensleute-Ausschuß der Stadt Frankfurt forderte z.B. 20% Lohnerhöhung. Auch beim Urlaubsgeld und der AZUBI-Vergütung hatte die Basis andere Vorstellungen als die Funktionäre der Tarifkommission.

Auf der anderen Seite war den Arbeitgebern die 15%-Forderung schon viel zu hoch. Unter der Führung des Innenministers (Genscher) gingen die öffentlichen Arbeitgeber, unterstützt von den Medien - allen voran die BILD-Zeitung - in die Offensive gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihre Gewerkschaften. Selbst der Bundeskanzler Willi



Brandt schaltete sich mit Maßhalte-Parolen ein. Er ging mit dem Märchen von der Lohn-Preis-Spirale hausieren und versuchte, die Beschäftigten der Privatwirtschaft gegen den öffentlichen Dienst aufzubringen, indem er behauptete, daß 2-stellige Lohnerhöhungen 2-stellige Preiserhöhungen nach sich ziehen würden. Helmut Schmidt drohte sogar mit erhöhter Arbeitslosigkeit bei einem zu hohen Tarifabschluß.

Die ÖTV-Tarifrunde 1974 war auch deshalb so wichtig, weil sie als erste Lohnrunde 1974 eine Vorgabe für alle anderen Bereiche war. Die Beschäftigten empfanden das Angebot der Arbeitgeber von 7,5% als Provokation, ließen sich jedoch nicht einschüchtern. Sie brachten im Gegenteil ihre Erwartungen an eine SPD-geführte Regierung offen zum Ausdruck und bereiteten sich auf einen Streik vor.

Die Vertrauensleute spielten dabei eine wesentliche Rolle. Sie verließen sich auch nicht auf ihre eigene Gewerkschaftsführung, sondern nahmen selbst in die Hand, was ihnen für einen erfolgreichen Kampf nötig erschien. So wurden z.B. überörtliche Kontakte und Verbindungen zwischen ÖTV, Post- und Bahngewerkschaft aufgebaut. Der ÖTV-Vorstand war durchaus bereit, dem Druck der Arbeitgeber nachzugeben. Vor allem wollte er

keine politische Auseinandersetzung bzw. Machtprobe mit einer SPD-geführten Regierung.

Doch diesmal machte die Basis nicht mehr mit. Selbst als die Regierung bereits am 28.1.74 ihr Angebot auf 9,5% und mindestens 130 DM erhöhte, war das den organisierten Beschäftigten noch viel zu wenig. Die Gewerkschaftsführung mußte hart bleiben, um nicht einen Aufstand ihrer eigenen Mitglieder gegen sie zu provozieren. Es wurden Warnstreiks eingeleitet. Daran beteiligten sich Belegschaften, die die ÖTV-Führung gar nicht mit einbeziehen wollte.

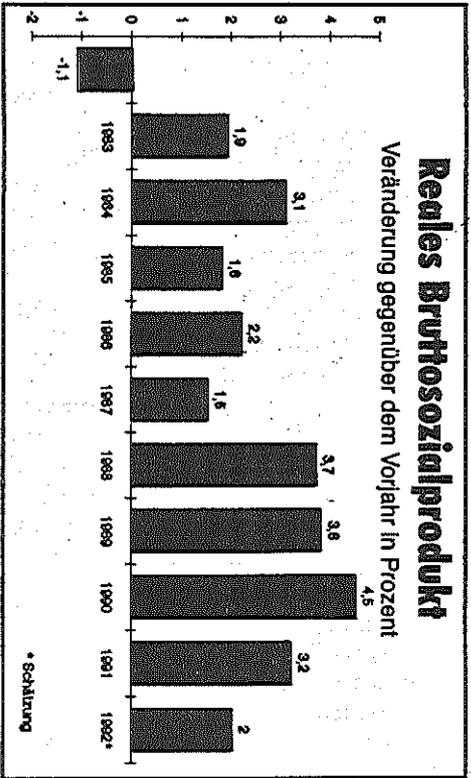
Die Urabstimmung bewies eine überwältigende Bereitschaft zum Streik. 91,2% der abgegebenen Stimmen, das entsprach 78,9% der ÖTV-Mitglieder waren für Streik. Bei der Bahn waren 89,8% und bei der Post 85,2% der Gewerkschaftsmitglieder für Streikmaßnahmen. Damit war auch die Legende widerlegt, daß der Öffentliche Dienst nur bei der Müllabfuhr und bei den Verkehrsbetrieben streikfähig sei.

Der Streik dauerte vom 10.2 bis zum 13.2.74. 300.000 waren an Schwerpunkstreiks beteiligt. Doch bereits diese 300.000 konnten einen ungeheuren ökonomischen und politischen Druck erzeugen. Es wurde damals deutlich, daß ein Vollstreik im öffentlichen Dienst soviel ökonomischen Druck ausüben kann wie ein Generalstreik. Die Arbeitgeber erhöhten ihr Angebot auf 11% und 170 DM mindestens. Dem stimmte die Mehrheit der Tarifkommission zu. Bei der Urabstimmung über die Annahme des Ergebnisses waren 61,8% für die Annahme, in Hessen aber nur 44,4% und in Frankfurt nur 26%. Bezeichnend war, daß gerade die Belegschaften, die gestreikt hatten und ihr Kampfbewußtsein währenddessen weiterentwickelt hatten, am wenigsten mit dem Streikabbruch und dem ausgehandelten Ergebnis zufriedener waren.

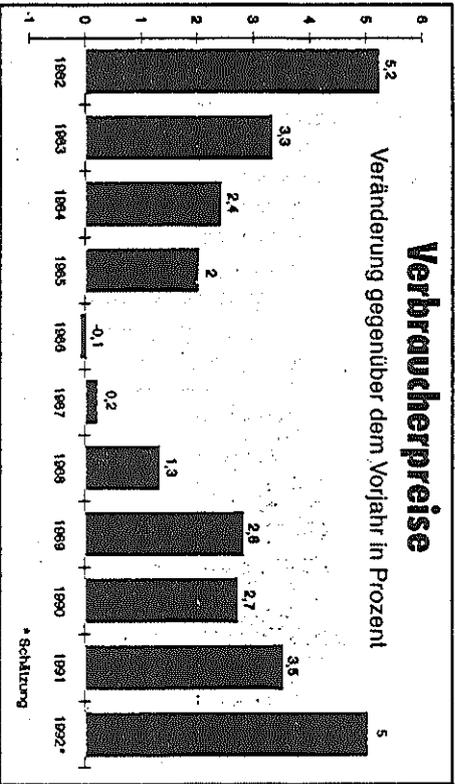
Der Streik der ÖTV war der eigentliche Grund für den Rücktritt Willy Brandts. Die Guillome-Affaire war nur der Anlaß. Anstatt auf einen erfolgreichen Kampf für die Interessen der Beschäftigten stolz zu sein, liegt dieser Streik offensichtlich wie ein Alpdruck auf der ÖTV-Führung. Aber welchen besseren Dienst könnten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes 1992 der gesamten Arbeitnehmerschaft tun, als in der jetzigen Lohnrunde ein gutes Ergebnis zu erzielen und gleichzeitig diesen Kanzler zu stürzen?

Ursel Beck, SPD-Mitglied

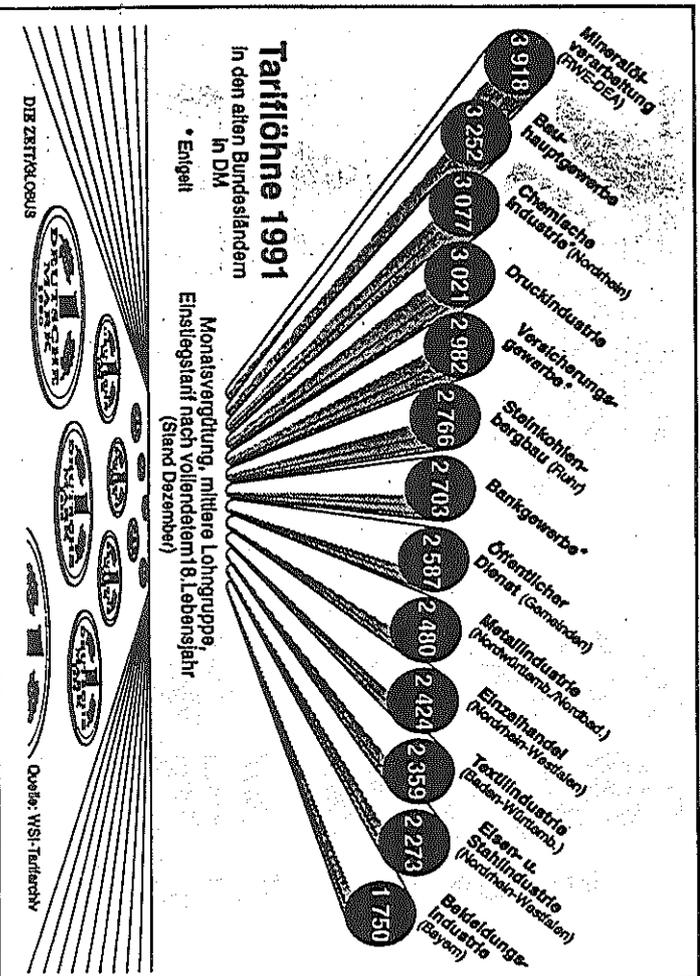
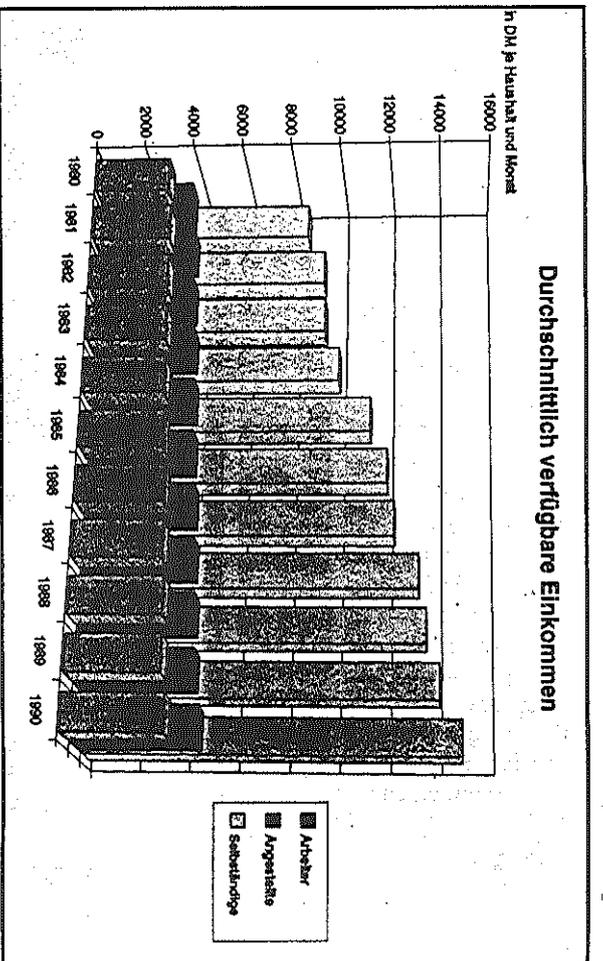
Anhang: ausgewählte Statistiken zum wirtschaftlichen Hintergrund und zur sozialen Lage



Quelle: Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1991/92

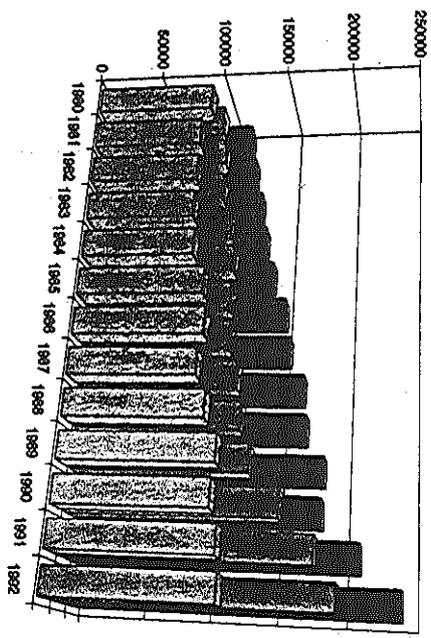


Quelle: Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1991/92 sowie eigene Schätzung



Steuern in Deutschland

in Mio. DM



Unternehmenssteuer
 Körperschaftsteuer
 Lohnsteuer

Exporte pro Kopf der Bevölkerung 1990 in US-Dollar

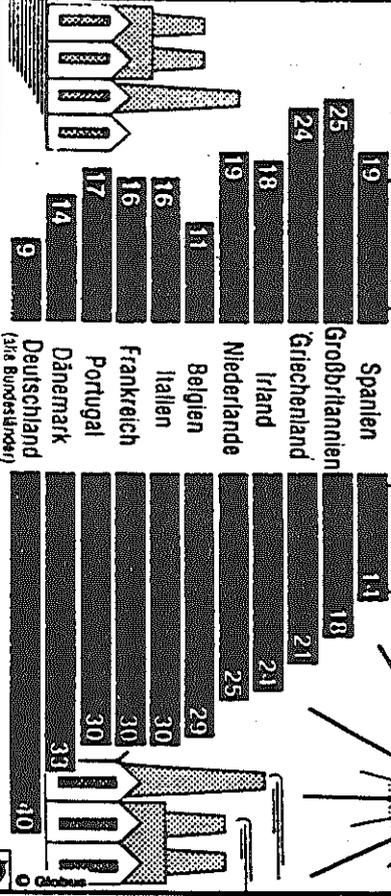
Alte Bundesrepublik	6.317 US-Dollar
Frankreich	3.857 US-Dollar
Großbritannien	3.245 US-Dollar
Japan	2.325 US-Dollar
USA	1.569 US-Dollar

Gewappnet für den EG-Binnenmarkt?

Konjunktur in Industriezweigen...

...mit schwächerer Stellung im Wettbewerb

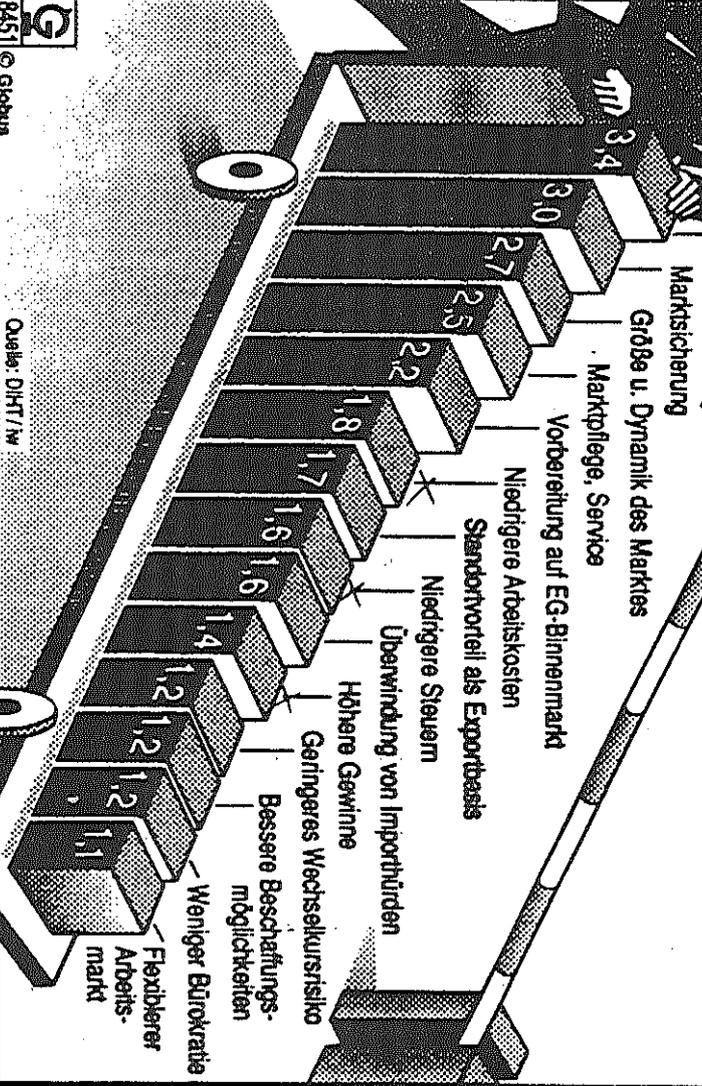
...mit starker Stellung im Wettbewerb



VOIM 24.06.1991

Warum sie draußen investieren

Rangordnung der Motive deutscher Unternehmen für Auslandsinvestitionen von 4 (= sehr große Bedeutung) bis 0 (= keine Bedeutung)



Quelle: DIHT/IV

Mit August Bebel gegen die Erhöhung der Mehrwertssteuer

Aufruf der SPD-Fraktion zur ersten Reichstagswahl unter dem Sozialistengesetz 1881

„...Der Mensch muß leben, und die Männer der indirekten Steuern sorgen dafür, daß alles, was der Mensch braucht und was seiner Natur nach besteuert werden kann, auch wirklich besteuert wird. ... Wer Brot haben und Salz darauf streuen will, muß erst Steuern bezahlen: im Preise des Brotes und des Salzes. Will er nicht – je nun, da muß er verhungern.

Das sind auch keine ernstlichen Gründe: damit soll dem Volke bloß Sand in die Augen gestreut werden. Die Männer der indirekten Steuern wissen recht genau, daß ihr ‚System‘ die Vorteile nicht besitzt, welche sie ihm nachsagen: daß die indirekten Steuern nicht bloß ungerechter verteilt sind, sondern auch weit schwerer auf dem Volke lasten als die direkten Steuern. ...

Von dem Importeur oder Produzenten geht die verteuerte Ware an den Großhändler, der ebenfalls seinen Steuerprofit darauf schlägt, dann an den Kleinhändler, der die Prozedur wiederholt, und die Folge ist, daß das Publikum weit mehr Steuern zu zahlen hat, als in die Taschen des Staates kommen.

Das ist ein Grundfehler. Der zweite Grundfehler ist, daß die indirekte Steuer auf die Vermögensverhältnisse des steu-

erzählenden Konsumenten keine Rücksicht nimmt; der Millionär hat für sein Brot und Salz genau ebensoviel zu zahlen wie der Arme. Nun konsumieren zwar die Reichen mehr als die Armen, allein von den eigentlichen Lebensmitteln, die vorwiegend besteuert sind (weil die ‚Masse es machen muß‘ und von Luxussteuern, die nur wenige zahlen, ein geringer Ertrag kommt), können sie nicht nennenswert mehr konsumieren als der Arme, und was sie sonst an Luxusgegenständen verbrauchen, das ist freier Wille, Privatvergnügen – und bringt dem Staat herzlich wenig – nicht annähernd, was der Reiche, bei gerechter Verteilung der Steuern, zu zahlen verpflichtet wäre. Und das ist der Grund, warum die reicheren Klassen eine solche Vorliebe für die indirekten Steuern haben: vermittels derselben können sie die Steuerlast größtenteils von sich ab- und auf die Schultern des Volkes wälzen.

Die indirekte Steuer hat hiernach den doppelten Nachteil, daß sie, durch Steigerung der Preise der besteuerten Ware über den Steuerbetrag hinaus, die Steuerlast vermehrt und diese vermehrte Steuerlast, zum Vorteil der Reichen, hauptsächlich den Armen aufhalst.

Zusammen mit den Stimmen des SPD-regierten Brandenburgs ist das Steuerpaket der Bundesregierung einschließlich der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 14 auf 15% im Bundesrat verabschiedet worden. Diese Steuererhöhung ist ein vorläufiger Höhepunkt der Angriffe der Kohlregierung auf unser Portemonnaie. Schon vorher hatten sich auch andere SPD-Politiker wie z.B. der Hamburger Regierungschef Voscherau für eine solche Steuererhöhung ausgesprochen. Während die Unternehmer die Mehrwertsteuer über Preiserhöhungen an den Endverbraucher weitergeben könne, müssen wir versuchen, die höheren Kosten über den Kampf um höhere Löhne wieder zu kompensieren. Damals wie heute lehnen Marxisten in der SPD das System der indirekten Besteuerung zugunsten der direkten ab.

Und noch eins. Bei der direkten Steuer weiß das Volk, was es zu bezahlen hat; der Steuerzettel sagt es ihm. Und wenn man bezahlt, will man für sein Geld auch etwas haben. Die direkte Staatssteuer zwingt den Staatsbürger zum Nachdenken darüber, was ihm der Staat für die Steuer leistet. Und Regierungen, welche die Kritik zu scheuen haben, muß das unangenehm sein. Bei der indirekten Steuer merkt das Volk nicht, was es bezahlt und weiß es leider meistens auch nicht. Und was ich nicht weiß, macht mir nicht heiß. Man hat die direkte Steuer mit einem Straßenräuber verglichen, der dem Bürger den Steuerzettel als Pistole auf die Brust setzt: Geld oder der Exekutor! In gewisser Beziehung trifft das ja zu. Aber wenn die direkte Steuer ein ehrlicher Straßenräuber ist, dann ist die indirekte Steuer ein Taschendieb, der dem Volke das Geld heimlich aus der Tasche nimmt.

Wie dem sei: das ganze moderne Besteuerungswesen trägt das Gepräge der Klassenherrschaft und ist zum Vorteil der herrschenden Klassen eingerichtet. Die einzig gerechte Steuer ist die progressive Einkommenssteuer (für Staat und Gemeinde), welche die Sozialdemokratie fordert.“

Was ist VORAN?

VORAN ist eine Zeitung, die von Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften herausgegeben wird. Wir verstehen den Marxismus nicht als graue Theorie, sondern als lebendige Anleitung zum Handeln. Für uns scheidete in Osteuropa nicht der Sozialismus, sondern seine übelste Karrikatur, der Stalinismus. Wir kämpfen für die sozialistische Erneuerung von SPD und Gewerkschaften und für die Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems, das die Mehrheit der Menschheit in Unterdrückung, Ausbeutung und Armut hält.

Kontakt über:

Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon 02 21 / 13 45 04, Telefax 02 21 / 13 72 80

Ich möchte

- VORAN unterstützen und bitte um weitere Informationen
- VORAN kennenlernen und deshalb ein „Schnupperabo“ bestellen (3 Ausgaben zu 5,- DM – Betrag bitte in Briefmarken oder Geldschein beilegen)
- eine VORAN-Materialliste zugeschickt bekommen (VORAN-Broschüren, Buttons, T-Shirts u.a.)

Name, Anschrift, Telefon